



055842/EU XXIV.GP
Eingelangt am 06/07/11

RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

DE

10360/11

(OR. en)

PRESSE 141
PR CO 30

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3090. Tagung des Rates

Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Brüssel, den 19. und 20. Mai 2011

Präsidenten

Géza SZŐCS

Staatsminister für Kultur

Miklós SOLTÉSZ

Staatsminister für Soziales, Familie und Jugend

Rózsa HOFFMANN

Staatsministerin für Bildung

Attila CZENE

Staatsminister für Sport

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 7040 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

10360/11

1

DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Kultur

Der Rat erzielte eine politische Einigung über einen Beschluss zur Schaffung einer **Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel**.

Der Rat ernannte Pilsen (Plzeň) zur tschechischen **Kulturhauptstadt Europas 2015**.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu folgenden Themen an:

- Beitrag der Kultur zur Umsetzung der Strategie Europa 2020;
- Mobilitätsspezifische Informationsdienste für Künstler und Kulturschaffende.

Während des Mittagessens erörterten die Minister für Audiovisuelles und Kultur die **Zukunft der Programme KULTUR und MEDIA** nach 2013.

Jugend

Der Rat nahm **zwei Entschließungen** zu folgenden Themen an:

- Förderung neuer und wirksamer Formen der Beteiligung aller Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa;
- Strukturierter Dialog mit Jugendlichen über die Jugendbeschäftigung.

Die Minister erörterten das Thema "**Freiwilligkeit junger Menschen als ihr Beitrag zur Entwicklung der örtlichen Gemeinschaften**" im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr der Freiwilligkeit 2011.

Bildung

Der Rat erzielte eine politische Einigung über **zwei Empfehlungen** zu folgenden Themen:

- Förderung der Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken;
- Politische Strategien zur Senkung der Schulabbrecherquote.

In diesem Zusammenhang erörterten die Minister im Rahmen einer öffentlichen Aussprache ferner die **Präventionspolitik zur Bekämpfung des Schulabbruchs von Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen, einschließlich Roma-Gemeinschaften**.

Außerdem nahm der Rat **Schlussfolgerungen zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung** an.

Sport

Der Rat nahm eine **Entschließung zu einem Arbeitsplan der Europäischen Union für den Sport (2011-2014)** an.

Die Minister führten ferner eine öffentliche Aussprache über **sportbezogene Aspekte von Online-Wetten**. Am Mittag fand der hochrangige strukturierte Dialog zwischen den Ministern der Mitgliedstaaten der erweiterten Troika und Vertretern der Sportverbände statt.

INHALT¹

TEILNEHMER **5**

ERÖRTERTE PUNKTE

KULTUR	8
Europäisches Kulturerbe-Siegel.....	8
Kulturhauptstadt Europas 2015.....	8
Beitrag der Kultur zur Umsetzung der Strategie "Europa 2020".....	9
Mobilitätsspezifische Informationsdienste	9
SONSTIGES	11
JUGEND	13
Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa	13
Strukturierter Dialog mit jungen Menschen über die Jugendbeschäftigung.....	13
Freiwilligentätigkeit junger Menschen	14
SONSTIGES	15
BILDUNG.....	16
Schulabbrecher.....	16
Präventionspolitik zur Bekämpfung des Schulabbruchs.....	16
Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken.....	17
Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung	18
SONSTIGES	19

¹ • Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 • Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 • Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

SPORT	20
Arbeitsplan für den Sport.....	20
Online-Wetten.....	21
SONSTIGES	22

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

– Tagung des EWR-Rates	23
------------------------------	----

TEILNEHMER

Belgien:

Pascal SMET

Fadila LAANAN

Philippe MUYTERS

Flämischer Minister für Unterricht, Jugend, Chancengleichheit und Brüsseler Angelegenheiten
Ministerin für Kultur, den audiovisuellen Sektor, Gesundheit und Chancengleichheit (Französische Gemeinschaft)

Flämischer Minister für Finanzen, Haushalt, Arbeit, Raumordnung und Sport

Bulgaria:

Petya EVTIMOVA

Todor CHOBANOV

Lazar KAMENOV

Stellvertreterin des Ministers für Bildung, Jugend und Wissenschaft

Stellvertreter des Ministers für Kultur

Stellvertreter des Ministers für Leibeserziehung und Sport

Tschechische Republik:

Jiří BESSER

Jan KOCOUREK

Minister für Kultur

Stellvertreter des Ministers für Sport und Jugend

Dänemark:

Per Stig MØLLER

Troels Lund POULSEN

Jonas BERING LIISBERG

Minister für Kultur und Minister für Kirchenfragen
Minister für Bildung

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Deutschland:

Bernd NEUMANN

Wolfgang HEUBISCH

Hermann KUES

Staatsminister für Kultur

Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Freistaat Bayern

Georg SCHÜTTE

Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Jürgen ZÖLLNER

Staatssekretär, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Guido PERUZZO

Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Land Berlin

Gunter FISCHER

Stellvertreter des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland bei der EU
Abteilungsleiter im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur, Land Rheinland-Pfalz

Estland:

Gert ANTSU

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Irland:

Geraldine BYRNE NASON

Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Griechenland:

Foteini GENNIMATA

Georgios NIKITIADIS

Yannos LIVANOS

Stellvertretende Ministerin für Bildung, lebenslanges Lernen und religiöse Fragen

Staatssekretär für Kultur und Tourismus

Generalsekretär für Jugend

Spanien:

Mario BEDERA BRAVO

Albert SOLER SICILIA

José Pascual MARCO MARTINEZ

Bartomeu LLINAS FERRA

Staatssekretär für Bildung und Ausbildung

Staatssekretär für Sport

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Minister für Bildung und Kultur der autonomen Gemeinschaft Balearen

Frankreich:

Frédéric MITTERRAND

Chantal JOUANNO

Jeannette BOUGRAB

Minister für Kultur und Kommunikation

Ministerin für Sport

Staatsministerin mit Zuständigkeit für Jugend und Freiwilligenarbeit, dem Minister für Bildung, Jugend und Freiwilligenarbeit beigeordnet

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Philippe LEGLISE-COSTA

Italien:

Giancarlo GALAN

Rocco CRIMI

Vincenzo GRASSI

Zypern:

George ZODIATES

Lettland:

Solvita ZVIDRINA

Daiga REČA

Litauen:

Arūnas GELŪNAS

Gintaras STEPONAVIČIUS

Arūnas VINČIUNAS

Luxemburg:

Octavie MODERT

Michèle EISENBARTH

Ungarn:

Géza SZÖCS

Miklós SOLTÉSZ

Attila CZENE

Rózsa HOFFMANN

Malta:

Clyde PULI

Mario DE MARCO

Niederlande:

Halbe ZIJLSTRA

Derk OLDENBURG

Österreich:

Norbert DARABOS

Harald GÜNTHER

Polen:

Bogdan ZDROJEWSKI

Katarzyna HALL

Adam GIERSZ

Portugal:

Gabriela CANAVILHAS

José A. VENTURA SILVA

Laurentino DIAS

Rumänien:

Doina MELINTE

Irina CAJAL MARIN

Slowenien:

Majda ŠIRCA

Igor LUKŠIČ

Slowakei:

Natália CEHLÁRIKOVÁ

Peter JAVORČÍK

Finnland:

Marja RISLAKKI

Minister für das kulturelle Erbe und für kulturelle

Veranstaltungen

Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten, zuständig
für Sport

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Staatssekretärin für Kultur

Parlamentarische Sekretärin, Ministerium für Bildung und
Wissenschaft

Minister für kulturelle Angelegenheiten

Minister für Bildung und Wissenschaft

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Ministerin für Kultur, Ministerin für die Beziehungen zum
Parlament, Ministerin für Verwaltungsvereinfachung beim
Premierminister, beigeordnete Ministerin für den
öffentlichen Dienst und die Verwaltungsreform
Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Staatsminister für Kultur

Staatsminister für Soziales, Familie und Jugend

Staatsminister für Sport

Staatsministerin für Bildung

Parlamentarischer Staatssekretär für Jugend und Sport
Parlamentarischer Staatssekretär für Tourismus, Umwelt
und KulturStaatssekretär für Bildung, Kultur und Wissenschaft
Stellvertreter des Ständigen VertretersBundesminister für Landesverteidigung und Sport
Stellvertreter des Ständigen VertretersMinister für Kultur und Nationalerbe
Ministerin für Bildung
Minister für Sport und TourismusMinisterin für Kultur
Staatssekretär für Bildung
Staatssekretär für Jugend und SportStaatssekretärin für Jugend und Sport
Staatssekretärin für Kultur und NationalerbeMinisterin für kulturelle Angelegenheiten
Minister für Bildung und SportStaatssekretärin, Ministerium für Kultur
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Schweden:

Lena ADELSOHN-LILJEROTH
Nyamko SABUNI

Ministerin für Kultur und Sport
Ministerin für Chancengleichheit

Vereinigtes Königreich:

Andy LEBRECHT
Tim LOUGHTON

Stellvertreter des Ständigen Vertreters
Parlamentarischer Staatssekretär für Kinder und Familie

Kommission:

Androulla VASSILIOU

Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

KULTUR

Europäisches Kulturerbe-Siegel

Der Rat erzielte in öffentlicher Beratung eine politische Einigung – bei Stimmennthalung des Vereinigten Königreichs – über einen Beschluss zur Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel (*Dok. 9213/11 + COR 1 REV 1*). Das Kulturerbe-Siegel wird Stätten verliehen, die von hohem symbolischen – und nicht nur ästhetischen – Wert in Bezug auf die europäische Geschichte und das europäische Kulturerbe sind (beispielsweise Denkmäler, Stätten im ländlichen oder städtischen Raum, Unterwasser- und archäologische Stätten, Industriestätten, Kulturlandschaften und Kulturgüter) und die gleichzeitig für die demokratischen Werte und die Menschenrechte stehen, die das Fundament der europäischen Einigung bilden. Mit dem Beschluss soll ferner das Zugehörigkeitsgefühl der europäischen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere von jungen Menschen, gegenüber Europa gestärkt werden.

Das Kulturerbe-Siegel soll auch zur Nachhaltigkeit und wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen beitragen, insbesondere durch Kulturtourismus. Es geht auf eine 2006 ins Leben gerufene zwischenstaatliche Initiative zurück, in deren Rahmen bereits 68 Stätten in 18 Mitgliedstaaten ein Siegel verliehen wurde. Um die Qualität und die Wirksamkeit der Initiative zu verbessern und einen langfristigen Erfolg zu gewährleisten, wird sie nun in eine förmliche Maßnahme der Europäischen Union umgewandelt. Im Rahmen dieser neuen Maßnahme kann jeder Mitgliedstaat alle zwei Jahre eine Vorauswahl von bis zu zwei Stätten treffen. Eine Jury aus unabhängigen Experten benennt maximal eine Stätte je Mitgliedstaat, der das Siegel zuerkannt wird.

Kulturhauptstadt Europas 2015

Der Rat nahm einen Beschluss an, mit dem die tschechische Stadt Pilsen (Plzeň) offiziell zur Kulturhauptstadt Europas 2015 ernannt wird (*Dok. 9050/11*).

Mons (Belgien), das bereits letztes Jahr ernannt wurde, ist die weitere Kulturhauptstadt Europas 2015. Bis 2019 werden jedes Jahr jeweils zwei Städte aus zwei Mitgliedstaaten zur Kulturhauptstadt Europas ernannt.

Beitrag der Kultur zur Umsetzung der Strategie "Europa 2020"

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zum Beitrag der Kultur zur Umsetzung der Strategie *Europa 2020* an (*Dok. 9057/11*).

Darin wird hervorgehoben, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft das Potenzial hat, zum Wachstum und zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze beizutragen, und damit eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Ziele der Strategie und ihrer Leitinitiativen wie "Digitale Agenda für Europa" (*Dok. 9981/1/10*) und "Innovationsunion" (*Dok. 14035/10*) spielt. In den Schlussfolgerungen wird insbesondere der Frage nachgegangen, welchen Beitrag der Kultursektor zu den Hauptzielen der Strategie *Europa 2020*, nämlich intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, leisten kann.

Und schließlich werden die Mitgliedstaaten ersucht, die Finanzierungsinstrumente der EU, wie beispielsweise die Strukturfonds, für kulturelle Vorhaben zu nutzen; die Kommission wird aufgefordert, die Kultur in ihren künftigen EU-Politiken und Finanzierungsinstrumenten zu berücksichtigen.

Mobilitätsspezifische Informationsdienste

In öffentlicher Beratung erörterten die Minister anhand zweier Fragen des Vorsitzes die mobilitätspezifischen Informationsdienste für Künstler und Kulturschaffende. Der Rat nahm außerdem im Rahmen des im November 2010 angenommenen Arbeitsplans für Kultur (*ABL. C 325 vom 2.12.2010*) Schlussfolgerungen zu diesem Thema an (*Dok. 9058/11*).

Die grenzüberschreitende Mobilität – ein spezifisches Ziel des Programms Kultur 2007-2013 – erleichtert Künstlern und Kulturschaffenden den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt. Dies schafft neue Beschäftigungsmöglichkeiten und fördert die Beschäftigung im Kultursektor und in der Wirtschaft insgesamt. Zudem kann bessere Mobilität zur Verwirklichung der Ziele der Strategie "Europa 2020" beitragen.

Ganz allgemein unterstrichen die Minister den Mehrwert der Mobilität für die kulturelle Vielfalt, sahen in ihrer Mehrzahl aber auch verschiedene Hindernisse für die Mobilität von Künstlern und Kulturschaffenden, beispielsweise fehlende Strukturen zur Bewältigung von Aspekten wie Formalitäten für die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, Copyright-Bestimmungen, Besteuerung, Versicherung usw. Die meisten Mitgliedstaaten haben bereits mobilitätsspezifische Informationsdienste eingeführt oder ihre bestehenden Dienste entweder durch Internetportale und -plattformen oder durch spezifische Dienste in den zuständigen Ministerien verbessert und modernisiert.

Einige Minister vertraten die Ansicht, dass die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Diensten und Einrichtungen äußerst wichtig ist und in einigen Fällen zu verbessern wäre. Eine Reihe von Delegationen schlug vor, ein mehrsprachiges Portal oder eine mehrsprachige Plattform der EU einzurichten, wenn möglich im Rahmen des künftigen Programms KULTUR.

In den Schlussfolgerungen des Rates werden Maßnahmen zur Einrichtung eines Informationsystems vorgeschlagen, das Künstlern und Kulturschaffenden umfassende, korrekte und aktuelle Informationen zu mobilitätsspezifischen Fragen in der EU liefern kann. Die Kommission ersuchte die Mitgliedstaaten, nationale Sachverständige für eine Expertengruppe zu benennen, die die Kommission bei der Prüfung konkreter Vorschläge in diesem Bereich unterstützen soll.

SONSTIGES

- Elektronische Bücher
- Manifest zur Kultur in Europa

Der französische Minister ersuchte seine Kollegen, über Fragen im Zusammenhang mit elektronischen Büchern nachzudenken. Die Minister aus Frankreich und Slowenien teilten dem Rat mit, dass sie ein Manifest zur Kultur in Europa vorschlagen wollten (*Dok. 9621/11*). Darin sollte verkündet werden, dass die Kultur im Mittelpunkt des europäischen Projekts stehen müsse und dass kulturelle Vielfalt eine innovative und ehrgeizige Kulturpolitik erfordere und diese auch verdiene. Der kommende polnische Vorsitz erklärte sich bereit, diese Initiative zu prüfen.

- Bericht des "Ausschusses der Weisen" (Reflexionsgruppe) über den Online-Zugang zum europäischen Kulturerbe (*Europeana*)

Kommissionsmitglied Vassiliou stellte den Bericht vor, der im Januar dieses Jahres unter dem Titel "Die neue Renaissance" veröffentlicht wurde und nun in allen EU-Sprachen vorliegt. (http://ec.europa.eu/information_society/activities/digital_libraries/doc/http://ec.europa.eu/information_society/activities/digital_libraries/doc/reflection_group/final-report-cdS3.pdf).

In dem Bericht wird empfohlen, die Digitalisierung zu verbessern und voranzutreiben, insbesondere in Bezug auf die europäische digitale Bibliothek *Europeana* (<http://www.europeana.eu/portal/>), die zum Bezugspunkt für europäische kulturelle Online-Inhalte werden soll. Außerdem wird empfohlen, dass bis 2016 alle Meisterwerke sämtlicher Mitgliedstaaten über die *Europeana* zugänglich sein sollten.

- Arbeitsplan des Rates für Kultur 2011-2014

Der Vorsitz unterrichtete die Minister über die Durchführung des Programms (*ABL. C 325 vom 2.12.2010*), in dem folgende Prioritäten für die mittelfristigen kulturpolitischen Maßnahmen des Rates festgelegt sind:

- 1) Kulturelle Vielfalt, interkultureller Dialog und eine für alle zugängliche Kultur
- 2) Kultur- und Kreativwirtschaft

3) Kompetenzen und Mobilität

4) Kulturelles Erbe

5) Kultur und Außenbeziehungen

6) Kulturstatistiken.

Der ungarische Vorsitz hat mehrere Veranstaltungen und Konferenzen insbesondere in Bezug auf die Prioritäten "Kompetenzen und Mobilität" und "Kultur und Außenbeziehungen" organisiert.

- Bericht über das informelle Treffen der Kulturminister (Budapest, Gödöllő, 27./28. März 2011)

Der ungarische Vorsitz unterrichtete die Minister über das Ergebnis dieses Treffens, auf dem über die Rolle der Kultur bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020 beraten wurde (www.eu2011.hu).

- Arbeitsprogramm des künftigen Vorsitzes

Der polnische Vorsitz stellte sein Arbeitsprogramm im Bereich Kultur vor, in dem den kulturellen Kompetenzen und dem Schutz des Kulturerbes, insbesondere von Filmen und audiovisuellen Werken, Priorität eingeräumt wird.

JUGEND

Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa

Der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten nahmen eine Entschließung über die Förderung neuer und wirksamer Formen der Beteiligung aller Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa an (Dok. [8064/11](#)).

Die Entschließung hat zum Ziel, das Bürgerengagement und die Beteiligung Jugendlicher am demokratischen Leben zu verbessern, indem der Erwerb und die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen und neuen Qualifikationen sowie die Mobilität gefördert werden, die Verbesserung der persönlichen Fähigkeiten der Jugendlichen erleichtert wird und sie zu einer uneingeschränkten Beteiligung am Bildungssystem, am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben motiviert werden.

Die Minister erinnerten in diesem Zusammenhang daran, dass in der unlängst angenommenen Entschließung über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018)¹ die Förderung des gesellschaftlichen Engagements Jugendlicher als eines der allgemeinen Ziele genannt wird und dass in dieser Entschließung auch anerkannt wird, dass alle jungen Menschen eine Bereicherung für die Gesellschaft darstellen und sie das Recht haben, an der Gestaltung der sie betreffenden politischen Strategien mitzuwirken, und zwar mittels eines ständigen strukturierten Dialogs mit der Jugend und den Jugendorganisationen.

Strukturierter Dialog mit jungen Menschen über die Jugendbeschäftigung

Die Minister nahmen Kenntnis von einem Vermerk des Vorsitzes zum strukturierten Dialog zwischen jungen Menschen und den EU-Organen zum Thema Jugendbeschäftigung in der Zeit vom 1. Januar 2010 bis zum 30. Juni 2011 (Dok. [9170/11](#)).

Der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten nahmen ferner eine Entschließung zum strukturierten Dialog mit jungen Menschen über die Jugendbeschäftigung an (Dok. [9048/11](#)), in der der vergangene Achtzehnmonatszeitraum bewertet wird sowie entsprechende Lehren gezogen und politische Prioritäten für den nächsten Dreivorsitz (PL, DK und CY) festgelegt werden.

Die ersten beiden Arbeitszyklen des strukturierten Dialogs werden vom Rat im Kontext des EU-Jugendberichts bewertet, den die Kommission bis Ende 2012 vorzulegen hat.

Die allgemeine thematische Priorität für den nächsten Achtzehnmonatszeitraum vom 1. Juli 2011 bis zum 31. Dezember 2012 wird die Beteiligung der Jugend mit besonderer Betonung der Teilhabe am demokratischen Leben in Europa sein.

¹ ABl. C 311 vom 19.12.2009.

Freiwilligkeit junger Menschen

Die Minister erörterten auf der Grundlage eines Vermerks des Vorsitzes in einer öffentlichen Aussprache die Freiwilligkeit junger Menschen als deren Beitrag zur Entwicklung der örtlichen Gemeinschaften (*Dok. 9053/11*).

Das Jahr 2011 war zum "Europäischen Jahr der Freiwilligkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft" mit dem Ziel ausgerufen worden, die Bedingungen für die Freiwilligkeit in der EU zu fördern und zu verbessern und das Bewusstsein für den Wert und die Bedeutung der Freiwilligkeit zu schärfen. Der ungarische und der kommende polnische Vorsitz haben in diesem Zusammenhang eine Reihe von Veranstaltungen geplant, die über das ganze Jahr 2011 verteilt stattfinden.

Die Minister vertraten ganz allgemein die Auffassung, dass Freiwilligkeit ein aktiver Ausdruck der Bürgerbeteiligung ist, der gemeinsame europäische Werte wie Solidarität und sozialen Zusammenhalt stärkt. Darüber hinaus ist ein Freiwilligenamt mit wichtigen Lerneffekten verbunden, da neue Fähigkeiten und Kompetenzen vermittelt werden und sogar die Beschäftigungsfähigkeit verbessert werden kann.

Eine Reihe von Ministern hob hervor, dass die Freiwilligkeit auch ältere Menschen einbeziehen müsse, um so die Kluft zwischen den Generationen zu überbrücken und die Weitergabe von Wissen zu fördern.

Außerdem erinnerten die Minister daran, dass die meisten Freiwilligkeiten junger Menschen auf örtlicher Ebene und auch im Rahmen von Nichtregierungsorganisationen stattfinden und dass sie auf politischer Ebene unterstützt werden sollten. Mehrere Delegationen forderten ferner einen regelmäßigen Austausch bewährter Vorgehensweisen.

SONSTIGES

- Bericht über die Zwischenbewertung des Programms "Jugend in Aktion (2007-2013)"

Kommissionsmitglied Vassiliou unterrichtete die Minister über das Ergebnis der Zwischenbewertung des genannten EU-Programms (http://ec.europa.eu/youth/youth-in-action-programme/doc247_de.htm), die durch nationale Beiträge und eine unabhängige Evaluierung zustande kam. Etwa 2000 Projekte wurden gebilligt und die Schlussfolgerungen zeigen, dass das Programm im Hinblick auf Beschäftigung und Beteiligung junger Menschen wirksam war und dass auch junge Menschen mit weniger Chancen erreicht wurden. Die Kommission will die Empfehlungen des Berichts umsetzen.

- Arbeitsprogramm des künftigen Vorsitzes

Die polnische Delegation wies darauf hin, dass an zentraler Stelle ihres jugendpolitischen Programms das Thema "Jugend in der Welt" im Rahmen der Strategie "Europa 2020" und ihrer Leitinitiative "Jugend in Bewegung" stehen wird.

BILDUNG

Schulabbrecher

- Der Rat erzielte – bei Gegenstimme des Vereinigten Königreichs – eine politische Einigung über eine Empfehlung für politische Strategien zur Senkung der Schulabbrecherquote (*Dok. 9423/11*), mit der Fortschritte bei der Verwirklichung des Kernziels der Strategie "Europa 2020" erreicht werden sollen, die Schulabbrecherquote bis 2020 auf unter 10 % (gegenüber 14,4 % im Jahr 2009) zu senken.

Mit der Senkung der Schulabbrecherquote werden im Rahmen der Strategie "Europa 2020" sowohl das Ziel "intelligentes Wachstum" (durch Anhebung des Niveaus der allgemeinen und beruflichen Bildung) als auch das Ziel "integratives Wachstum" (durch Bekämpfung eines der Hauptrisikofaktoren für Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung) verfolgt. Trotz einiger bedeutender Fortschritte im letzten Jahrzehnt sind die Schulabbrecherquoten in Europa – d.h. die Zahl der 18-24-Jährigen, die mit einem Schulabschluss der Sekundarstufe I oder darunter die Schule verlassen und keine weitere Ausbildung absolvieren – immer noch zu hoch und stellen in vielen EU-Ländern ein dringendes und ernstes Problem dar. Die Minister waren allgemein der Ansicht, dass ein erfolgreiches Konzept in diesem Bereich kohärente, bereichsübergreifende und umfassende Strategien erfordert. Das Problem betreffe nicht nur den Bildungsbereich, sondern habe Auswirkungen auf verschiedene Strategien in den Bereichen Sozial-, Jugend-, Gesundheits- und Beschäftigungspolitik. Strategien mit Schwerpunkt auf Präventiv- anstelle von Kompensationsmaßnahmen scheinen am wirksamsten zu sein.

Mehrere Delegationen hoben hervor, dass Unterstützung systematisch von jungen Jahren an bis zum Erwachsenenalter zu leisten sei und dass insbesondere alle Ebenen des Systems der allgemeinen und beruflichen Bildung zu berücksichtigen seien: strukturelle Aspekte, Faktoren auf Schulebene und individuelle Unterstützung.

Präventionspolitik zur Bekämpfung des Schulabbruchs

- In der Folge erörterten die Minister im Rahmen einer öffentlichen Aussprache auf der Grundlage eines Hintergrundpapiers des Vorsitzes (*Dok. 9043/11*) die Präventionspolitik zur Bekämpfung des Schulabbruchs von Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen, einschließlich Roma-Gemeinschaften.

Kommissionsmitglied Reding machte kurze Ausführungen zu diesem Thema und erinnerte an die unlängst vorgelegte Mitteilung der Kommission "EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020" (*Dok. 8727/11*) und die wichtigen Schlussfolgerungen, die der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) – die federführende Ratsformation für dieses Thema – am 19. Mai angenommen hat. Sie wies darauf hin, dass durch Schulabbruch sozioökonomische Ungleichheiten geschaffen und verfestigt werden: derzeit besuchen weniger als die Hälfte der Romakinder eine Grundschule (gegenüber fast 95 % der anderen europäischen Kinder), und ihre schulischen Leistungen liegen oft unter dem Durchschnitt.

Auch wenn die Lage der Roma in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedlich ist, besteht doch generell Einvernehmen darüber, dass die Mehrheit der Roma, die in der EU leben, unter sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung, Segregation und bitterer Armut leiden und dass viele in Gebieten leben, in denen nur begrenzter Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen besteht, so auch im Bildungsbereich.

Die wirtschaftliche und soziale Integration der Roma ist eine der Prioritäten des ungarischen Vorsitzes, der (wie zahlreiche Mitgliedstaaten) dieses Problem – jetzt und in Zukunft – als entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union und das Wohlergehen ihrer Bürger betrachtet.

Die meisten Mitgliedstaaten haben bereits Präventivmaßnahmen und Programme zur Bewältigung dieses Problems eingeführt; diese reichen von Sonderschulen und Lernunterstützungsprogrammen bis zu spezifischen Ausbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte, der Einsetzung pädagogischer Berater und gezieltem Eingreifen. Mehrere Minister hoben hervor, wie wichtig es ist, dass die Familien, insbesondere die Mütter, in diese Bemühungen einbezogen werden.

Wirksame Strategien zur Integration der Roma müssen vier Kernbereiche abdecken: Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum, wobei die vorrangige Zuständigkeit der Mitgliedstaaten in diesem Bereich anerkannt wird.

Die meisten Minister forderten die Einrichtung einer europäischen Plattform/Datenbank für den Austausch von Informationen und bewährten Vorgehensweisen im Zusammenhang mit Roma-Fragen.

Eine Zusammenfassung dieser Aussprache wird zusammen mit den Schlussfolgerungen des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) über den Rat (Allgemeine Angelegenheiten) dem Europäischen Rat auf seiner Tagung im Juni unterbreitet.

Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken

Der Rat erzielte eine politische Einigung über eine Empfehlung zur Förderung der Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken (*Dok. 9036/11*), die Bestandteil der Leitinitiative "Jugend in Bewegung" ist. In der Empfehlung werden die Mitgliedstaaten angehalten, geeignete Schritte zu unternehmen, um verwaltungstechnische und institutionelle Hindernisse, die – neben anderen Gründen – Fortschritten in diesem Bereich im Wege stehen, zu beseitigen. Gleichzeitig werden die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten im Rahmen des einzelstaatlichen und europäischen Rechts uneingeschränkt gewahrt.

Im Rahmen der Freizügigkeit ist die Mobilität zu Lernzwecken – d.h. ein Auslandsaufenthalt mit dem Ziel, neue Fähigkeiten und Kompetenzen zu erwerben – eine der grundlegenden Möglichkeiten, mit denen insbesondere junge Menschen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigern und ihre persönliche Entwicklung voranbringen können. Sie trägt auch zur Verbesserung des Zusammensetzung bei.

Die EU unterstützt seit längerem junge Menschen im Rahmen verschiedener Initiativen und Programme (LEONARDO, COMENIUS, ERASMUS). Ferner ist in den letzten Jahren eine Reihe von europäischen Instrumenten entwickelt worden, die es jungen Menschen leichter macht, zu Lernzwecken ins Ausland zu gehen. Die meisten Minister räumten jedoch ein, dass nicht alle Instrumente und Werkzeuge voll ausgeschöpft werden und dass weiterhin zahlreiche Hindernisse bestehen. Die meisten Mitgliedstaaten versuchen bereits, ihre derzeitigen Systeme in dieser Hinsicht zu verbessern.

Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung

Der Rat hat – erstmals auf EU-Ebene – Schlussfolgerungen zur fröhlichen Betreuung, Bildung und Erziehung angenommen (*Dok. 9424/11*). Im Mittelpunkt dieser Schlussfolgerungen stehen die langfristigen Vorteile sowohl für den Einzelnen wie auch für die gesamte Gesellschaft, die durch einen allgemeinen Zugang zu hochwertiger fröhlicher Betreuung, Bildung und Erziehung geschaffen werden.

Es ist anerkannt, dass eine hochwertige fröhliche Betreuung, Bildung und Erziehung allen Kindern zugute kommt, jedoch insbesondere denjenigen aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen, mit Migrationshintergrund oder aus Roma-Gemeinschaften sowie den Kindern, die sonderpädagogischer Förderung bedürfen. Außerdem wird die Gefahr eines späteren Schulabbruchs vermindert.

Die Bildungsminister hatten im Mai 2009 das Ziel aufgestellt, dass bis 2020 mindestens 95 % der Kinder im Alter zwischen vier Jahren und dem gesetzlichen Einschulungsalter in den Genuss einer Vorschulbildung kommen sollten¹.

Zwar haben die Mitgliedstaaten in den letzten Jahren bei der Verbesserung des Angebots an fröhlicher Betreuung, Bildung und Erziehung insgesamt gute Fortschritte erzielt, allerdings sind weitere Anstrengungen erforderlich.

Die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene kann im Zusammenspiel mit der effizienten Nutzung von EU-Programmen zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden allgemeinen und beruflichen Bildung beitragen, indem auf nationaler Ebene ergriffene Maßnahmen unterstützt und ergänzt werden und den Mitgliedstaaten bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen geholfen wird.

¹ ET 2020: Strategischer Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (Abl. C 119 vom 28.5.2009).

SONSTIGES

- Informelles Treffen der Bildungsminister (Budapest, 28./29. März 2011)
- Veranstaltungen und Konferenzen im Bereich allgemeine und berufliche Bildung während des ungarischen Vorsitzes

Der Vorsitz unterrichtete die Minister über das Ergebnis des informellen Treffens, dessen Hauptthema das "aktive gesellschaftliche Engagement" im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr der Freiwilligenarbeit (2011) war. Der ungarische Vorsitz verwies ferner auf die wichtigsten Veranstaltungen, die während seiner Amtszeit bereits stattgefunden haben, und auf die für die nächsten Wochen anberaumten Veranstaltungen (www.eu2011.hu).

- Bericht über die Zwischenbewertung des Programms für lebenslanges Lernen

Die Kommission wird dem Rat einen schriftlichen Bericht über diese Zwischenbewertung vorlegen. Mit dem Programm, für das Mittel in Höhe von beinahe 7 Mrd. EUR vorgesehen sind, wird eine Reihe von Maßnahmen unterstützt, unter anderem Austauschmaßnahmen, Studienbesuche und Vernetzungstätigkeiten. Die Projekte sind nicht nur für einzelne Studierende und Lernende vorgesehen, sondern auch für Lehrkräfte, Ausbilder und andere Akteure im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung. (http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/doc78_de.htm)

- Europäische Schulen

Die Kommission unterrichtete die Minister über den Sachstand bei den Europäischen Schulen, deren Finanzierung unlängst zur Debatte stand. Das Kommissionsmitglied erinnerte an die Bedeutung und den europäischen Mehrwert dieser Schulen von hohem Niveau, die es in mehreren europäischen Ländern gibt und die von beinahe 24 000 Schülern besucht werden. Die Mitgliedstaaten müssten ihre Verpflichtungen gemäß der Vereinbarung über die Europäischen Schulen, insbesondere in Bezug auf die Abordnung von Lehrkräften, einhalten.

- Arbeitsprogramm des künftigen Vorsitzes

Die polnische Delegation wies darauf hin, dass die wichtigsten Themen des nächsten polnischen Vorsitzes die Bereiche "Bildung für Mobilität" und "Modernisierung der Universitäten" sein werden. Der polnische Vorsitz plane ferner, insbesondere die Arbeiten zum lebenslangen Lernen und zur Erwachsenenbildung fortzusetzen und die Zusammenarbeit im Rahmen der Östlichen Partnerschaft zu verstärken.

SPORT

Arbeitsplan für den Sport

Der Rat nahm eine Entschließung zu einem Arbeitsplan der Europäischen Union für den Sport (2011-2014) an (Dok. [9509/1/11](#)). Die Minister begrüßten nachdrücklich diesen ersten EU-Arbeitsplan in einem neuen Zuständigkeitsbereich, der mit dem Vertrag von Lissabon geschaffen wurde. Der EU wurde damit eine neue Zuständigkeit für Unterstützungs-, Koordinierungs- oder Ergänzungsmaßnahmen im Bereich des Sports zugewiesen, während die Unabhängigkeit der nationalen Leistungsstrukturen im Sport und die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten gewahrt bleiben.

In dem Arbeitsplan wird der wichtige Beitrag gewürdigt, den der Sport zur Verwirklichung der übergeordneten Ziele der Strategie "Europa 2020" leisten kann, da der Sport über ein beträchtliches Potenzial verfügt, zu einem intelligenten, nachhaltigen und breitenwirksamen Wachstum und zur Entstehung neuer Arbeitplätze beizutragen, und positive Auswirkungen in den Bereichen soziale Eingliederung, allgemeine und berufliche Bildung sowie öffentliche Gesundheit und aktives Altern hat. Folgende prioritären Bereiche werden ausgewiesen:

- Integrität, insbesondere die Bekämpfung von Doping und Spielabsprachen und die Förderung von Good Governance;
- gesellschaftlicher Wert, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, soziale Eingliederung, Bildung und Ehrenamt;
- wirtschaftliche Aspekte, insbesondere nachhaltige Finanzierung und faktengestützte Politikgestaltung.

Die Mitgliedstaaten und die Kommission kamen überein, verschiedene Sachverständigengruppen für die nächsten drei Jahre einzusetzen, die diese Prioritäten in Angriff nehmen sollen. Ergänzend zu diesen Gruppen sind Konferenzen des Vorsitzes, informelle Treffen von Sportdirektoren und -ministern sowie Studien und Konferenzen der Kommission denkbar.

In der ersten Hälfte des Jahres 2014 wird der Rat die Durchführung des Arbeitsplans anhand eines Berichts der Kommission bewerten, der Ende 2013 vorliegen soll¹.

¹ Siehe auch Mitteilung der Kommission "Entwicklung der europäischen Dimension des Sports" (Dok. [5597/11](#)).

Online-Wetten

Die Minister erörterten in einer öffentlichen Aussprache die sportbezogenen Aspekte von Online-Wetten auf der Grundlage eines Hintergrundpapiers des Vorsitzes (Dok. [9059/11](#))¹.

Sportbezogene Wettspiele machen inzwischen 32 % der Online-Gewinnspieldienste aus und Schätzungen zufolge beläuft sich der Umsatz der illegalen Wettindustrie – die weiter wächst – jährlich auf etwa 148 Mrd. EUR, wobei keinerlei Mittelrückflüsse in den Sport erfolgen. Regelwidrige und illegale Wettgeschäfte sind eng mit Spielabsprachen und Geldwäsche verknüpft und stellen demzufolge eine beträchtliche Gefahr für den Sport und die Gesellschaft dar.

Die meisten Minister erkannten an, dass hier ein ernstes Problem vorliegt, das aufgrund seiner Komplexität in den einzelnen Mitgliedstaaten auf sehr unterschiedliche Weise geregelt wird. Die Minister hoben hervor, wie wichtig es ist, dass die Integrität des Sport erhalten und eine tragfähige Finanzierung sichergestellt wird.

Zahlreiche Minister vertraten die Auffassung, dass weitere Konsultationen und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, den Sportstrukturen und -organisationen sowie den Wettveranstaltern erforderlich sind, bevor spezifische Maßnahmen auf europäischer Ebene ergriffen werden können.

¹ Siehe auch Grünbuch der Kommission "Online-Gewinnspiele im Binnenmarkt" (Dok. [8313/11](#)).

SONSTIGES

- Informelles Treffen der Sportminister (Budapest, 22./23. Februar 2011)

Der Vorsitz unterrichtete die Minister über das Ergebnis dieses informellen Treffens, bei dem die Rolle und die Finanzierung des Sports in Europa und der Kampf gegen Doping erörtert wurden. Das Treffen fand parallel zu dem von der Kommission organisierten EU-Sportforum statt.

(www.eu2011.hu)

- Tagung des Gründungsrates der Internationalen Anti-Doping-Agentur (WADA) (Montreal, 15. Mai 2011)

Der Vorsitz unterrichtete die Minister über diese Tagung, auf der die Europäische Union durch die Troika vertreten war. Hauptpunkte der Tagesordnung waren der WADA-Haushalt, die künftige Überarbeitung des WADA-Codes und der nächste Kongress im Jahr 2013.

- Strukturierter Dialog der EU mit dem Sportsektor (20. Mai 2011 während des Mittagessens)

Der Vorsitz berichtete kurz über den strukturierten Dialog auf hochrangiger Ebene zwischen der EU (vertreten durch die erweiterte Troika – BE, HU, PL, DK – sowie durch Vertreter der Kommission und des Europäischen Parlaments), den öffentlichen Stellen der Mitgliedstaaten sowie den Vertretern von Sportverbänden (wie Internationales Olympisches Komitee, Europäisches Olympisches Komitee, UEFA, FIBA (Basketball)) und den Europäischen Lotterien, der der förmlichen Rats-tagung vorausging.

- Arbeitsprogramm des künftigen Vorsitzes

Die polnische Delegation legte ihre Prioritäten für das nächste Halbjahr dar: Bekämpfung von Doping und Spielabsprachen, soziale Dimension von Sport (im Zusammenhang mit freiwilligem Engagement) und Finanzierungsaspekte.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

Tagung des EWR-Rates

Der Rat nahm Kenntnis von den Vorbereitungen für die 35. Tagung des Rates des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) am 23. Mai 2011 in Brüssel.
